

# «Päckli trennen – neu verhandeln»

SVP lanciert den Abstimmungskampf gegen die Ausdehnung der **Personenfreizügigkeit** mit der EU

Die SVP sagt Nein zur Personenfreizügigkeit mit der EU – meint aber nur die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien. Die drohenden Probleme mit der EU spielt die Parteispitze herunter.

JÜRIG SOHM

Drei grimmige Krähen, die sich über die Schweiz hermachen – mit diesem Plakatsujet bekämpft die SVP die Weiterführung und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit, über die am 8. Februar abgestimmt wird. Krähen seien gefräßig und aggressiv und vertrieben andere Tiere vom Futtertrog – ganz so, wie jene «Kreise im Ausland», die die Schweiz «attackierten», erklärte SVP-Präsident Toni Brunner gestern vor den Medien. Und sie seien hinterhältig – ganz so wie die Parlamentsmehrheit, die die Weiterführung und Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien in einem «verfassungswidrigen, undemokratischen Päckli» vors Volk bringe.

Mit ihrem Nein am 8. Februar bekämpft die SVP wegen der Verknüpfung zu einer einzigen Vorlage den mit der EU bestehenden freien Personenverkehr. Und sie setzt wegen der Guillotine-Klausel die gesamten bilateralen Verträge aufs Spiel. Die SVP-Spitze machte gestern allerdings deutlich, dass es ihr nicht darum geht, die Bilateralen zu bodigen, sondern sie nur die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien bekämpfe. Die von Bundesrat und Befürwortern heraufbeschworenen Gefahren eines Neins wurden entsprechend heruntergespielt. «Was geschieht nach dem Nein?», fragte der Schwyzer Nationalrat und Auns-Präsident Pirmin Schwander: «Ganz einfach: Paket trennen und neu verhandeln.»

## Rasch wieder vors Parlament

Zwar wäre es wegen der Verknüpfung der Vorlagen schwierig, das Nein des Volks exakt zu interpretieren. Aber Haltung der SVP sei, sich der Weiterführung «nicht zu verschliessen», sagte Schwander. Der Bundesrat könnte die Weiterführungsmitrasch wieder vors Parlament bringen. Bis zum Ablauf der mit der EU vereinbarten Frist Ende Mai 2009 wäre zwar kein rechtskräftiger Entscheid mehr möglich, doch wäre immerhin absehbar, ob das Referendum ergriffen würde. Er glaube nicht an ein Referendum nur gegen die Weiterführung, ora-



SVP-Präsident **Toni Brunner** und Nationalrätin Yvette Estermann warnen vor gefräßigen EU-Krähen.

PETER SCHNEIDER/KEYSTONE

kelte Brunner und versuchte damit die Bereitschaft seiner Partei zu unterstreichen, den bilateralen Weg weiterzugehen. Die Guillotine-Klausel würde nach SVP-Darstellung gar nicht zur Anwendung kommen, weil weder die Schweiz noch die EU die Verträge von sich aus aufkünden würden: Mit Rücksicht auf den Transitkorridor und die rund eine Million EU-Bürger in

der Schweiz könne sich die EU die Kündigung der Bilateralen gar nicht leisten, sagte Schwander: «Die EU-Mächtigen werden ihre Diaspora in der Schweiz nicht im Stich lassen.»

## «Miserabler Vertrag»

Die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien dagegen – laut der SVP-Spitze «ein miserabler Vertrag» – soll neu verhandelt werden. Die

SVP fordert insbesondere «Lösungen für das Problem der Fahrenden». Man stelle sich «Schutzklauseln» vor, erklärten Brunner und Schwander auf Nachfrage – analog zu den «Sicherungsmaßnahmen», die verschiedene EU-Länder im Zusammenhang mit der steigenden Arbeitslosigkeit und den zunehmend strapazierten Sozialleistungen ergreifen wollten. Kon-

kreter wurden sie nicht. Es könne nicht Sache der Gegner sein, «pfeifenfertige Lösungen» vorzulegen.

## Autohändler und Schuhputzer

Der freie Personenverkehr mit Rumänien und Bulgarien heisst laut SVP «Import von osteuropäischer Armut», wie sich die Luzerner Nationalrätin Yvette Estermann ausdrückte. Roma würden als «selbstständig Erwerbende einreisen und hier Arbeiten verrichten wie Altauto-Handel, Scheren-schleifen oder Schuhputzen», warnte sie. «Deutschland wird jetzt schon von osteuropäischen „Ich-Unternehmen“ überflutet, welche die Löhne ruinieren.»

Der Neuenburger Nationalrat Yvan Perrin stellte die beiden neuen EU-Länder als «Dritte Welt in Europa» dar, deren Bewohner wegen Armut und Korruption nur ein Ziel hätten: «Auswandern». Darauf baut die SVP ihren Widerstand gegen die Freizügigkeit auf. Diese bedeutet laut Brunner unter anderem «Freipässe für kriminelle Ausländer, für unkontrollierte Einwanderung und Arbeitslosigkeit sowie für Asylmissbrauch und Scheininvaliden». Entsprechend warnt die SVP vor «Lohndruck, Arbeitslosigkeit und Plünderung der Sozialwerke.»

## Wirklich mit Vollgas?

SVP-Präsident Toni Brunner kündigte gestern einen «intensiven, heftigen Abstimmungskampf» an. Ob die SVP allerdings tatsächlich mit Vollgas gegen die Personenfreizügigkeit ankämpfen wird, ist nicht so sicher. Die Parteibasis hat zwar überdeutlich die Nein-Parole beschlossen, aber die Partei-Elite ist gespalten. Rund ein Drittel der Bundeshausfraktion scharft sich um den Thurgauer Unternehmer und Nationalrat Peter Spuhler in einem Ja-Komitee zusammen. Etliche Wirtschaftsvertreter profitieren von der Freizügigkeit und fürchten die drohende Rechtsunsicher-

heit, bis mit der EU allenfalls eine Lösung gefunden ist. Auch Christoph Blocher schwor die SVP erst auf den Nein-Kurs ein, als das von Lega, Schweizer Demokraten und Junger SVP ergriffene Referendum zustande gekommen war.

Brunner machte keine Angaben über die für den Abstimmungskampf zur Verfügung stehenden Mittel. Er verwies lediglich auf die laufende Sammelaktion unter den Parteimitgliedern: «Das Sammelergebnis bestimmt den Umfang der Kampagne.»

Es gibt Mutmassungen, die SVP könnte auch aus Rücksicht

auf ihren neuen Bundesrat Ueli Maurer den Abstimmungssieg nicht um jeden Preis suchen. Der gestrige Auftritt mit der auffälligen Betonung, die SVP stehe hinter den Bilateralen, war denn auch recht moderat.

## «Nur» Krähen

Selbst das Abstimmungssujet mit den gefräßigen Krähen scheint vergleichsweise harmlos. Wollte die SVP wirklich provozieren und Stimmung gegen Ausländer machen, würde sie nicht mit stilisierten Vögeln werben, sondern eher mit als Kriminelle dargestellten Roma. (soh)

## KOMMENTAR

### Der gefährliche Weg der SVP

PATRICK FEUZ

Im vergangenen Boom hat die EU dank Jobfülle und breiten Lohnerhöhungen relativ wenig Abwehrreflexe geweckt. Aber jetzt nährt die rasant nahende Rezession die Angst vor Stellenverlust und könnte bewirken, dass über Nacht viele Schweizer die stärkere Konkurrenz skeptisch beurteilen. Deshalb ist die Abstimmung vom 8. Februar so knifflig.

Das Behördenargument jedenfalls, dass unsere Wirtschaft dank Ausländern kräftiger vom Aufschwung profitiert hat, interessiert mittlerweile breite Kreise kaum noch. Auch die hoch willkommenen Zuschüsse an die AHV, die dank vielen Gutverdienern aus der EU in den letzten Jahren reichlich geflossen sind, rücken in den Hintergrund. Viele Schweizer fragen sich vielmehr, ob im Abschwung tatsächlich bald weniger Ausländer kommen, wie dies die Bundesstellen prognostizieren, und ob ein Teil der hier lebenden Ausländer wirklich wieder in die Heimat zurückkehrt.

Niemand kann dies genau voraussagen. Erfahrungen mit dem freien Personenverkehr in wirtschaftlich härteren Zeiten fehlen in der Schweiz. Es wird deshalb ein Abstimmungskampf mit Ungewissheiten. Die SVP will dies listig für ihre Nein-Parole nutzen. Sie kann dabei vom Fehler des Bundesrats profitieren, der die Zuwanderung aus der EU lange als reine Erfolgsstory für die Schweiz dargestellt hat.

Auch wenn offen bleibt, wie stark sich die Konkurrenz durch Ausländer für die Einheimischen auswirkt, eines lässt sich mit Gewissheit sagen: So einfach und schnell, wie dies die SVP behauptet, liessen sich nach einem Nein zum Freizügigkeitspaket die Scherben im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU nicht kitten. Zwar ist es unwahrscheinlich, dass das ganze bilaterale Vertragswerk zusammenkrachen würde: Die EU reagiert in der Regel pragmatisch auf Abstimmungsabstürze. Aber juristisch sind die Personenfreizügigkeit und ein Teil der bilateralen Verträge miteinander verknüpft. Bis ein Kniff gefunden wäre, um die Situation zu retten, blieben vitale Beziehungsfelder zwischen der Schweiz und der EU ungeklärt, und die Folge wäre monatelange Unsicherheit. Genau das aber ist das Letzte, was die Schweizer Wirtschaft in dieser schwierigen Zeit brauchen kann.

# 200 Franken pro Kind

Auf 1. Januar treten zahlreiche **neue Gesetzesregelungen** in Kraft, auch der Mindestbetrag für Kinderzulagen

Ab nächstem Jahr erhalten alle Eltern eine Kinderzulage von mindestens 200 Franken. Die im Kontext der Wirtschaftskrise erst recht wichtige neue Finanzmarktaufsicht nimmt ihre operative Tätigkeit auf.

Viele Bundesgesetze und Verordnungen werden von Bundesrat oder Parlament auf den 1. Januar oder auf Mitte Jahr in Kraft gesetzt. Die Regel wird durchbrochen, wenn internationale Verträge umgesetzt werden wie etwa beim Waffenrecht, das gleichzeitig mit dem Schengener Polizeibürovertrag am 12. Dezember Geltung erhielt.

Nach dem neuen Kinderzulagengesetz steht Arbeitnehmenden und Nichterwerbstätigen mit bescheidenem Einkommen ab 1. Januar in allen Kantonen eine Kinderzulage von mindestens 200 Fran-

ken zu. Dazu kommt eine Ausbildungszulage von mindestens 250 Franken, die bis zum Alter von 25 Jahren ausbezahlt wird. Die Kantone können höhere Beiträge vorsehen und nach Anzahl der Kinder oder dem Alter abstimmen. 15 Kantone halten sich an die Mindestvorgaben. Keiner der Kantone, die grosszügigere Leistungen kennen, hat die Zulagen auf das bundesrechtliche Minimum gesenkt. Der Kanton Bern hob die Zulagen für Kinder bis 16 auf 230 Franken an, für Jugendliche auf Fr. 287.50.

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) kann jetzt ans Werk gehen. Als unabhängige Behörde soll sie Finanzmarktkunden, Gläubiger, Anleger und Versicherte schützen und das Vertrauen in einen funktionierenden, integren und wettbewerbsfähigen Finanzplatz stärken. In der Finma werden die Eidgenössische Bankkommission (EBK), das Bundesamt für Privatversicherun-

gen (BPV) und die Kontrollstelle für die Bekämpfung der Geldwäscherei zusammengeführt. Rund 320 Mitarbeitende beaufsichtigen die Grossbanken, die Finanz- und die Versicherungsbranche.

## Referenden

Für 13 vom Parlament verabschiedete Gesetzesänderungen läuft am kommenden Dienstag die 100-tägige Referendumsfrist an. Gegner der neuen Erlasse haben bis am 16. April Zeit, um 50 000 Unterschriften zu sammeln. Bereits angekündigt ist das Referendum gegen die Senkung des Umwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge, und zwar von der Gewerkschaft Unia und der PdA. (sda)

Umgesetzt wird auch die vom Volk nur knapp angenommene Unternehmenssteuerreform. Ab 2009 werden Dividenden vom Bund nur noch teilweise besteuert: bei einer Beteiligung von mindestens 10 Prozent am Kapital im Privatvermögen zu 60 und im Geschäftsvermögen zu 50 Prozent.

Die polizeiliche Zwangsanwendung wird bundesweit geregelt. Gesetz und Verordnung listen auf, wie und wann jemand gefesselt werden kann, wie Kinder zu behandeln sind oder welche Mittel in kritischen Situationen angewendet werden dürfen. Der Einsatz von Elektroschockpistolen (Taser) wird streng geregelt.

Wer im Ausland Opfer einer Straftat wurde, hat neu keinen Anspruch mehr auf Entschädigung und Genugtuung. Das bestimmt das revidierte Opferhilfegesetz. Die Streichung der Hilfe im Ausland war umstritten in der Revision des Gesetzes von 1993. (sda/bin)

# Steinbrück wirft Schweiz Ablenkungsmanöver vor

**STEUERHINTERZIEHUNG** Der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück hat die Schweiz und Liechtenstein erneut zu mehr Hilfe bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung aufgefordert. «Es geht uns um die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung nationaler Interessen.» Steinbrück unterstrich in einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit den «Ruhr-Nachrichten»: «Wir unterstützen die Schweiz, wenn sie gegen Steuerhinterziehung vorgehen will. Umgekehrt nicht.» Wenn Bundesrat Hans-Rudolf Merz Deutschland «Steuerdumping» vorwerfe, weil die neue Abgeltungssteuer in Deutschland 25 Prozent, in der Schweiz aber 35 Prozent betrage, so sei dies ein Ablenkungsmanöver. Den Hinweis, dass Deutschland von der Schweiz 120 oder 130 Millionen Euro an Quellensteuer auf deutsche Einlagen erhalte, empfinde er als Scherz, sagte Steinbrück. «Fachleute sagen, dass deutsche Steuerzahler 200 bis

300 Milliarden Euro auf Schweizer Konten haben.»

## Merz nicht überrascht

Bundesrat Merz hat die Aussagen Steinbrücks zur Kenntnis genommen. Sie überraschten ihn nicht, sagte Roland Meier, Sprecher des Finanzdepartements (EFD). Der Sprecher erinnerte daran, dass Steuerhinterziehung auch in der Schweiz verfolgt wird. Steinbrück erklärte, die Schweiz und Liechtenstein sollten Deutschland die gleiche Hilfe bei Steuervergehen gewähren wie den USA. «Wir müssen im gemeinsamen Interesse nicht nur Steuerbetrug, sondern auch Steuerhinterziehung bekämpfen können», unterstrich der deutsche Finanzminister. «Das ist kein Kavaliärsdelikt.» EFD-Sprecher Meier betonte, dass es sich im Falle der USA um Steuerbetrug handle. Die Schweiz zeigt sich gesprächsbereit. Die nächste Gesprächsrunde ist im Januar geplant. (sda)